

Resolution

Gusborn, Januar 2012

Nach dem letzten Castortransport im November 2011

Der Rat der Gemeinde Gusborn schließt sich den Forderungen des Kreistages, der SG Elbtalaue, dem Stadtrat Dannenberg und der Bäuerlichen Notgemeinschaft etc., für ein sofortiges Ende der Atommülltransporte nach Gorleben an. Vor dem Eintreffen der Castoren hat es in der Bevölkerung einen großen, friedlichen Protest gegeben, deren Höhepunkte eine SchülerInnen-Demonstration am 24.11. und eine Großdemonstration am 26.11. waren.

Nach dem Ausstieg aus der Atomindustrie muss ein Ende gemacht werden mit der Lagerung des Atommülls im Zwischenlager in Gorleben.

Und Angesichts des Beschlusses der Bundesregierung, nach einem alternativen Standort für den Atommüll zu suchen, fordern wir:

1. alle Messungen im Zusammenhang mit dem letzten Castor-Transport 2011 vom Betreiber, Genehmigungsbehörden und Greenpeace, sowie alle Messungen und Berechnungen, die im Zusammenhang mit den überhöhten Strahlenwerten 2010 und 2011 erfolgten, müssen dem Kreistagsfachausschuss „Atomanlagen und Katastrophenschutz“ zugänglich gemacht werden.
2. eine endgültige Aufgabe des Endlagerstandortes Gorleben und einen sofortigen Ausbaustopp. Bereits heute ist erwiesen, dass der Salzstock in Gorleben nicht zur Atommülllagerung geeignet ist.
3. keine weitere Atomanlage, wie die geplante Konditionierungsanlage zu bauen.
4. ein umfängliches wissenschaftliches Untersuchungsprogramm im regionalen Umfeld der Atomanlagen in Gorleben aufzulegen, um die auffällige Absenkung der Mädchen-Geburtenrate, sowie eingetretene Krebserkrankungen, insbesondere bei Kindern aufzuklären.
5. die Erstellung eines öffentlichen Katastrophenschutzplanes für die Atomanlagen in Gorleben und Atommülltransporte aller Art. Katastrophenschutzmaßnahmen müssen öffentlich erörtert werden. Dazu gehört, dass die zuständigen Behörden über die Torgefahren und entsprechende Maßnahmen informieren.
6. keine weiteren Einlagerungen von Atommüll insbesondere aus Sellafield und der Asse in Gorleben. Die schon vorhandene Verstrahlung um das Zwischenlager lässt eine weitere Einlagerung nicht zu.

7. einen sofortigen Beginn einer vergleichenden, transparenten Endlagersuche in unterschiedlichen Wirtsgesteinen, nach festgelegten Kriterien (Schweizer Vorbild) unabhängiger Wissenschaftler, und eine garantierte langfristige Rückholbarkeit.
8. den Rückbau der Atomanlagen in Gorleben.

Die Bevölkerung der Gemeinde Gusborn ist mit seinen Ortsteilen Quickborn, Klein- und Groß Gusborn auch in diesem Jahr wieder unerträglich stark vom Castor-Transport betroffen gewesen. Die Bewegungsfreiheit im eigenen Ort war durch die massiven Polizeieinsätze (20.500 Polizisten und Polizistinnen im Landkreis) unter vielfältiger Ausschaltung und Behinderung von Grundrechten stark eingeschränkt. Die Gemeinde Gusborn hat, angesichts der Atomkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima und der inzwischen bekannt gewordenen überhöhten Strahlenwerte auch in Gorleben, kein Verständnis mehr dafür, dass weiterhin unsere Steuergelder im Salzstock verbuddelt werden und weiterhin Atommülltransporte nach Gorleben stattfinden.

Deshalb fordern wir einen schnelleren Ausstieg aus der Atomindustrie und damit eine Verringerung des anfallenden Mülls!

Verteiler: Bundestagsfraktionen
Landtagsfraktionen
Landkreis Lüchow-Dannenberg (nachrichtlich)
SG Elbtalaue (nachrichtlich)
EJZ, Generalanzeiger